

## Tischvorlage 2

### Projektgruppe Urheberrecht

#### Gemeinsame Handlungsempfehlungen von CDU/CSU, SPD und FDP

#### 1 1. Entwicklung auf internationaler Ebene

2 Mangelnde Transparenz bei internationalen Abkommen wie beispielsweise  
3 bei den Verhandlungen des Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA)  
4 sind kontraproduktiv und leisten keinen Beitrag zur Stärkung des  
5 Urheberrechtes. Es ist nicht hinnehmbar, dass es erst Resolutionen des  
6 Europäischen Parlamentes oder auch nationaler Parlamente geben muss, ehe  
7 die Vertragsverhandlungen und die Ergebnisse offengelegt werden und auch  
8 eine Beteiligung der Zivilgesellschaft oder NGOs gänzlich ausbleibt. Die  
9 Enquete-Kommission empfiehlt daher dem Deutschen Bundestag, bei solchen  
10 internationalen Verhandlungen und Abkommen verstärkt Transparenz  
11 einzufordern, nicht zuletzt deswegen, um die Legitimität dieser Abkommen  
12 sicherzustellen.

13

#### 14 2. Verwertungsgesellschaften

15 Die Enquete-Kommission empfiehlt dem Deutschen Bundestag, das System der  
16 kollektiven Rechtewahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften als  
17 wichtiges Element auch zur Sicherung der kulturellen Vielfalt zu  
18 erhalten und auszubauen. Es ist für den Aufbau von legalen  
19 Download-Angeboten essentiell und ihm kommt zugleich eine wichtige  
20 Bedeutung bei der Erzielung von Einkommen für Kulturschaffende zu.  
21 Das System der kollektiven Wahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften  
22 ist eine Errungenschaft, deren Bedeutung in der Digitalen Gesellschaft  
23 eher steigt als sinkt. Allerdings haben aber bereits frühere Enquete  
24 Kommissionen, insbesondere die Enquete-Kommission Zukunft der Medien in  
25 Wirtschaft und Gesellschaft - Deutschlands Weg in die  
26 Informationsgesellschaft des 13. Deutschen Bundestages und die  
27 Enquete-Kommission Kultur in Deutschland des 16. Deutschen Bundestages,  
28 Zweifel an Effektivität und Effizienz des Systems angemeldet. Die  
29 Kommission empfiehlt daher zu prüfen, inwieweit die Umsetzung der

30 Vorschläge zur Reform dieses Bereichs etwa durch die Enquete-Kommission  
31 "Kultur in Deutschland" des 16. Deutschen Bundestages tatsächlich  
32 erfolgt ist.

33

### 34 **3. Umgang mit Urheberrechtsverstößen angemessen und transparent regeln**

35 Abmahnungen bei Urheberrechtsverstößen entsprechen den geltenden  
36 Rechtsvorschriften. Ihre rechtliche Grundlage wird jedoch oftmals von  
37 den Betroffenen als unverständlich oder ungerecht empfunden. Nötig sind  
38 daher mehr Transparenz, um die Akzeptanz der Rechtsverfolgung zu  
39 fördern, und gleichzeitig Regelungen, um einen möglichen Missbrauch  
40 dieses zivilrechtlichen Instruments zu erschweren. Jedenfalls sollte der  
41 Gesetzgeber es vermeiden, Anreize zu setzen, die anstatt einer  
42 Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle zu einer Refinanzierung  
43 aufgrund von Abmahnungen führen können. Die Enquete-Kommission regt  
44 daher an, dass der Deutsche Bundestag prüft, ob die neben dem  
45 Schadensersatz anfallenden Kosten einer Abmahnung weiter präzisiert  
46 werden können.

47

### 48 **4. Rechtliche Instrumente**

49 Für die Rechtsdurchsetzung erweist sich oft die mangelnde  
50 Identifizierbarkeit der Nutzer im Netz als zentrales Hindernis. Die  
51 Anonymität und die Unbeobachtetheit der Kommunikation kann allerdings  
52 als Voraussetzung für gesellschaftliche Diskurse trotz damit verbundener  
53 Risiken schützenswert sein, ganz abgesehen vom Recht auf informationelle  
54 Selbstbestimmung der Nutzer. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die  
55 Enquete-Kommission, zu prüfen, ob es Änderungen bei der Haftung von  
56 Host Providern oder aber der Etablierung eines gesetzlichen Rahmens für  
57 ein Notice & Takedown-Verfahren geben sollte.